Der Weltkrieg

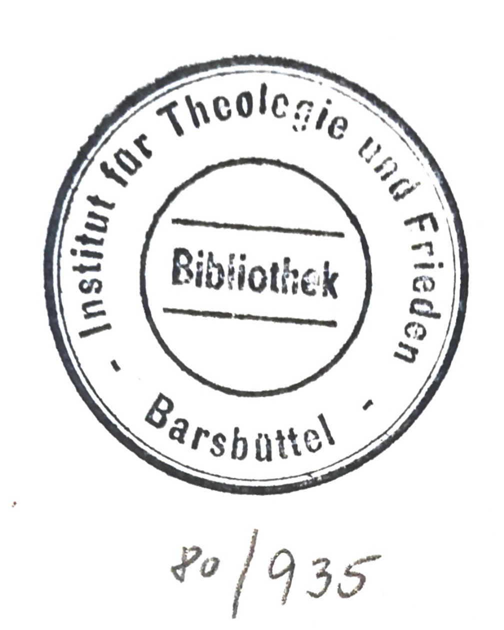
26

Die Balkanpolitik Italiens

Theodor von Sosnosky (Wien)

15 Pf.

Sekretariat Sozialer Studentenarbeit



I.

Der Balkan hat für Italien bis in die jüngste Zeit — etwa bis zu den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts — keine besondere Anziehungskraft besessen, und die italienische Politik dachte nicht daran, dort als Rivale Österreich-Ungarns und Rußlands aufzutreten. Ihr war nur um die in österreichischem Besitze befindlichen Länder mit italienischer Bevölkerung zu tun. Wenn Italien nur diese erhielt; mochte Österreich sich auf dem Balkan nehmen, was es haben wollte! Von diesem Standpunkt aus konnte Graf Cesare Balbo in seinen „Speranze d'Italia" im Jahre 1843 schreiben, es verstehe sich von selbst, daß Österreich, wenn es die Lombardei und Venetien an das zu schaffende italienische Reich abtreten solle, sich auf dem Balkan entschädigen müsse.[1])

Auch nach 1866 und 1870, als das junge Königreich durch die Erbeutung — nicht Eroberung! — Venetiens und des Kirchenstaates seinen Besitzstand vervollständigt hatte, kümmerte es sich nicht viel um den Balkan. Wie die Franzosen auf das „Loch in den Vogesen" gleich Hypnotisierten starrten, um mit Bismarck zu sprechen, so hielten die Italiener ihre Augen wie gebannt auf Triest und Trient gerichtet. Das wollten sie haben — alles andere war Nebensache.

Als sich dann Mitte der 70er Jahre des 19. Jahrhunderts im türkischen Reich ernste Verfallsymptome zeigten und im Anschluß daran die bosnische Frage auftauchte, die Österreich-Ungarn als Anwärter des bosnischen Erbes der Türkei zeigte, da erhob sich in Italien ein wütendes Geschrei nach „Kompensationen" für diese beabsichtigte Gebietserweiterung der Monarchie, und man verlangte dafür Triest und Trient; nicht etwa Albanien, wie zu glauben nahe läge.

An Albanien dachte man in Italien damals kaum. Bismarck war es, der es diesem als Kompensationsobjekt für Bosnien anbot. Es geschah dies gelegentlich des Besuchs, den Crispi im September

[1]) Joseph Freiherr v. Helfert, Bosnisches, Wien 1879, S. 170.

1877 in Gastein machte. Als sich dieser darüber beklagte, daß Italien keine „natürlichen" Grenzen habe, und ihn sondierte, ob er nicht geneigt wäre, Italien auf Kosten Österreichs zu dieser „Grenzberichtigung" zu verhelfen, wies Bismarck auf Albanien hin, das ein geeignetes Kompensationsobjekt für Bosnien und die Herzegowina wäre, die voraussichtlich an die Monarchie fallen würden.

Dieses Angebot vermochte jedoch auf Crispi nur wenig Eindruck zu machen. Und auch seine Landsleute lockte der Besitz Albaniens augenscheinlich nicht sonderlich; wenigstens spielte der Name Albanien während der folgenden Zeit in der italienischen Politik gar keine Rolle. Nicht über die Adria, sondern über das Mittelmeer wanderten die begehrlichen Blicke der Italiener — wobei sie aber Triest und Trient nicht einen Moment ganz aus dem Auge ließen —; nicht Albanien, sondern Tunis war das Ziel ihrer Sehnsucht, und zwar in solchem Grade, daß es schien, als ob selbst die „unerlösten" Gebiete — Südtirol und das österreichische Küstenland — etwas von ihrer magnetischen Anziehungskraft eingebüßt hätten, was jedoch tatsächlich weder damals noch sonst jemals der Fall gewesen war.

Der Vertrag von Bardo, 12. Mai 1881, der Tunis den Franzosen überlieferte, machte durch die auf dieses Land zielenden Wünsche der Italiener einen dicken Strich, und es blieb ihnen für ihren Expansionsdrang nichts anderes übrig, als sich nach einem andern Ziel umzusehen.

Das im Hinblick auf Tunis nächstliegende wäre Tripolis gewesen; aber wiewohl Marquis Salisbury dieses Land dem italienischen Botschafter förmlich auf dem Präsentierbrett anbot und Italien auch sonst von keiner Seite Einspruch zu fürchten brauchte, wenn es sich Tripolis nahm, so hatte man in Italien, schien es, von dem Werte dieses Landes keine sonderlich hohe Meinung; jedenfalls zeigte man nicht die geringste Eile, sich in dessen Besitz zu setzen.

Dafür begann Crispi dem Balkan größere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne sich dabei jedoch etwa für Albanien im besondern zu interessieren.

Damals war es die bulgarische Frage, die als sehr ernstes Drama das politische Repertoire Europas beherrschte; als ein Drama, das vornehmlich in einem scharfen Dialoge zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bestand, die darin die Hauptrollen innehatten. Die Möglichkeit eines Krieges zwischen diesen zwei Reichen war bedenklich nahe gerückt. Der Monarchie mußte daher sehr daran liegen, ihren Rücken für diesen Fall gedeckt zu wissen, um so mehr, als Bismarck bei seiner Sympathie für Rußland einem Kriege gegen dieses

durchaus abgeneigt war und dies in seiner Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 auch unverblümt geäußert hatte: „Was ist uns denn Bulgarien?" fragte er. „Uns ist es vollständig gleichgültig, wer in Bulgarien regiert und was aus Bulgarien wird. . . . Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu brouillieren. Die Freundschaft mit Rußland ist uns viel wichtiger als die von Bulgarien und die von allen Bulgarenfreunden, die wir bei uns hierzulande haben."

Graf Kálnoky konnte im Hinblick auf diese nicht zuletzt an seine Adresse gerichteten Worte somit nicht unbedingt auf die Hilfe Deutschlands gegen Rußland zählen. Um so mehr mußte ihm daran gelegen sein, sich mit Italien gut zu stellen, denn es bestand die Gefahr, daß es sich mit Rußland gegen die Monarchie verbünde. Allerdings war es vom Jahre 1882 her mit dieser verbündet; allein dieser Vertrag lief jetzt ab. Es galt also, Italien möglichst weit entgegenzukommen.

Crispi konnte die schwierige Lage Kálnokys natürlich nicht entgehen, und er nützte sie nach Kräften aus, wobei er der Unterstützung Bismarcks sicher sein durfte. Österreich-Ungarn sollte auf dem Balkan keine Erwerbungen machen dürfen, ohne daß Italien dafür entsprechende Kompensationen erhielt. So kam der Artikel VII des am 20. Februar 1887 erneuerten Dreibundvertrags zustande, der folgendes festsetzte: „Österreich-Ungarn und Italien, die nur die möglichste Aufrechterhaltung des territorialen Status quo im Orient im Auge haben, verpflichten sich, ihren Einfluß geltend zu machen, damit jede territoriale Veränderung, die der einen oder der andern der den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnenden Mächte nachteilig wäre, hintangehalten werde. Sie werden einander zu diesem Behufe alle Aufschlüsse geben, die geeignet sind, sie gegenseitig über ihre eignen Absichten sowie über die anderer Mächte aufzuklären. Sollte jedoch der Fall eintreten, daß im Laufe der Ereignisse die Aufrechterhaltung des Status quo im Gebiete des Balkan oder der ottomanischen Küsten und Inseln im Adriatischen oder Ägäischen Meere unmöglich würde, und daß, entweder infolge des Vorgehens einer dritten Macht oder sonstwie Österreich-Ungarn oder Italien genötigt wären, den Status quo durch eine zeitweilige oder dauernde Besetzung ihrerseits zu verändern, so würde die Besetzung nur stattfinden nach einer vorangegangenen Übereinkunft zwischen den beiden Mächten, welche auf dem Prinzip einer gegenwärtigen Kompensation für alle territorialen oder anderweitigen Vorteile, die eine jede

von ihnen über den gegenwärtigen Status quo hinaus erlangen würde, zu beruhen und die Interessen und berechtigten Ansprüche der beiden Teile zu befriedigen hätte.“ [1])

Ob Crispi bei der Kompensation an eine territoriale Erwerbung auf dem Balkan oder aber in Südtirol und im Küstenland gedacht hat, ist dieser Vereinbarung nicht zu entnehmen; doch darf man als sicher annehmen, daß er dabei nicht bloß den Balkan im Auge hatte.

Mit diesem Vertrag in der Tasche, konnte er sich in dem Konflikt Österreich-Ungarns mit Rußland getrost an die Seite des erstern stellen, denn wenn es dem letzern gegenüber auf dem Balkan die Oberhand behielt und seine Machtsphäre erweiterte, so bedeutete dies dem Vertrag zufolge auch für Italien einen Gewinn und konnte ihm zu den „natürlichen“ Grenzen verhelfen, die ihm stets als Ziel seiner Sehnsucht vorschwebten. In diesem Sinne ist es zu verstehen, daß Crispi am 16. August 1887 an König Humbert schrieb: „Wir müssen inzwischen (bis Bulgarien unabhängig werde) den Einfluß Österreichs vor allen andern Mächten fördern, d. h. den Mittelpunkt seiner Interessen nach dem Osten hin verschieben helfen.“ [2]) Und dem italienischen Botschafter in Wien, Grafen Nigra, schrieb er am 20. August desselben Jahres: „Wir werden ebensowenig wie Österreich-Ungarn, uns mit der Regentschaft eines russischen Generals (Ehrenroth) einverstanden erklären. Auf diese Weise würde sich der andauernd ungewisse Zustand zum Unheil Bulgariens noch verlängern. Ohne Voreingenommenheit glauben wir, daß die Wahl des Fürsten Ferdinand eine prinzipielle Lösung der Frage bedeutet. Wir stehen über diesen Punkt in völligem Einvernehmen mit London und Wien.“ [3])

Was Crispi das Zusammengehen mit Österreich-Ungarn gegen Rußland zweifellos erleichterte, war seine republikanische Vergangenheit, die ihn im Zarenreich den Inbegriff und Hort des Despotismus sehen und verabscheuen ließ. Sein Urteil hinsichtlich der russischen Politik wich auch von dem Bismarcks ab. Während dieser der Ansicht war, Rußland würde sich durch die Erlangung Konstantinopels nur schwächen, es sei daher kein Grund vorhanden, sich deshalb viel Sorge zu machen, erwiderte Crispi auf diese gelegentlich seines Besuchs in Friedrichsruh — 2. Oktober 1887 — vorgebrachte Meinung Bismarcks folgendes:

---

[1]) Österreichisches Rotbuch, Wien 1915, S. 8.
[2]) F. Crispi, Memoiren S. 189.
[3]) Ebenda S. 191.

„Ich glaube nicht, daß es Rußland schwächen würde, Konstantinopel zu nehmen. Seiner erweiterten Macht in Europa würde es durch den Besitz Konstantinopels eine Basis schaffen, welche dem großen Reiche die Herrschaft über den Orient und Europa sichern würde.“ [1])

Crispi faßte seine Ansicht über die politische Bedeutung und Macht Rußlands in seinen Memoiren folgendermaßen zusammen:

„Die Stellung Rußlands ist eine privilegierte. Es kann seine Feinde in Europa angreifen, selbst aber nur mit Schwierigkeiten angegriffen werden. Daher kann es nach seinem Belieben den Tag wählen, der ihm am besten zur Kriegserklärung paßt. Eine Zauderpolitik ist ihm daher die gelegenste. Seit dem Jahre 1871 befindet es sich in bedeutend besserer Lage als vorher. Da Frankreich aus dem Konzert der Zentralmächte losgelöst ist, hat Rußland einen Feind weniger. Das Bündnis von 1854 ist nicht mehr möglich. Rußland kümmert es wenig, ob Frankreich Elsaß und Lothringen wiedererobert. Ich möchte im Gegenteil sagen, daß es ihm paßt, Frankreich mit Deutschland unversöhnt zu lassen. Deutschland hat sich für unbeteiligt bei den Orientangelegenheiten erklärt und hat dies auch bewiesen, da es an keiner der Streitfragen, die seit 1871 auf der Balkanhalbinsel entstanden sind, direkten Anteil genommen hat. Rußland könne sich daher nur Italien und Österreich-Ungarn als Landmächte und Großbritannien als Seemacht entgegenstellen. Wenn Rußland seine Rüstungen beschleunigt und wartet, bis dieselben vervollständigt sind, zweifle ich, daß seine Gegner hinreichende Streitkräfte zusammenbringen können, um es zu besiegen.“ [2])

Es kam denn auch zu einem Abkommen zwischen den erwähnten drei Mächten, in dem folgende Punkte festgesetzt wurden:

1. Erhaltung des Friedens;
2. Status quo laut Verträgen;
3. lokale Autonomie;
4. Unabhängigkeit der Türkei, der Meerengen von jedem fremden Einfluß;
5. die Pforte kann nicht zugunsten anderer Mächte auf ihre Rechte in Bulgarien verzichten;
6. Vereinbarung mit der Türkei, um all dies zu gewährleisten;
7. im Falle eines türkischen Widerstandes oder unrechtmäßiger Forderungen Rußlands würden die drei Mächte sich über die zu gewährleistende Unterstützung gegenseitig verständigen;

---

[1]) F. Crispi, Memoiren S. 223.

[2]) Ebenda S. 235 f.

8. im Falle des Einverständnisses oder der Passivität der Türkei würden sich die drei Mächte bezüglich der Besetzungen gewisser strategischer Punkte zur Erhaltung des Gleichgewichts verständigen.[1])

Um den Einfluß Rußlands auf dem Balkan zu schwächen, betrieb Crispi auch die Gründung eines Balkanbundes, der aus Rumänien, Bulgarien und Serbien bestehen und in einer Militärkonvention dieser Staaten gipfeln sollte. Er stieß dabei jedoch auf den Widerstand Kálnokys, der offenbar, und nicht ohne Grund, an die Möglichkeit dachte, daß dieser Bund sich statt gegen Rußland ebensogut auch gegen die Monarchie kehren könne, und der daher nicht geneigt war, seine Hand zur Schaffung einer derartig doppelschneidigen Koalition zu bieten.

II.

Solang in Italien Crispi am Ruder war, spielte Albanien in der Politik dieses Landes so gut wie keine Rolle. Das änderte sich aber nach seinem Sturze sehr bald, und die Ursache seines Sturzes, die Niederlage bei Adua, war — mittelbar — auch die dieses Wandels.

Das klägliche Fiasko, das die von Crispi angeregte italienische Kolonialpolitik in der „Erythräa" erlitten hatte, bewog die italienischen Expansionspolitiker, ihre Augen — soweit sie nicht von Triest und Trient gebannt waren — im nähern Umkreise ihres Landes nach einem Gebiete zu richten, das noch „zu haben" war und in dem Italien Großmacht spielen konnte.

Es gab deren zwei: Tripolis und Albanien. Tripolis lockte aber zunächst weniger, denn man konnte da wieder mit Frankreich in Konflikt kommen, und das wollte man nicht; im Gegenteil: man trachtete, das durch die Tunis-Affäre so schwer gestörte Einvernehmen mit der „lateinischen Schwesternation" wieder herzustellen. Schließlich war eine Expedition in das ressourcenlose Wüstengebiet von Tripolis jedenfalls ein sehr kostspieliges und gefährliches Wagnis. Dagegen schien Albanien so leicht zu erreichen, lag es ja doch zum Greifen nahe; man brauchte nur über die Adria hinweg zu langen. Lockend winkte seine von stolzen historischen Erinnerungen an Venetiens Macht umwobene Küste über das blaue Meer herüber und erregte die Begehrlichkeit der Italiener Daß dieser verführerische Schimmer nur ein hohler Trug; daß diese ersehnte Küste in Wahrheit ein unwirtliches, trostloses Gestade war, hinter dem sich ein Land erstreckte, wie es ärmer an jeglicher Kultur in ganz Europa keines gab; daß

[1]) F. Crispi, Memoiren S. 235 f.

das Volk, von dem es bewohnt wurde, an Wildheit, Halsstarrigkeit, Unzuverlässigkeit und Trägheit auf diesem Kontinente nicht mehr seinesgleichen hatte: all das vermochte die Begehrlichkeit der Italiener nicht zu dämpfen, denn sie war stärker als alle Hemmungsvorstellungen.

Und ebensowenig ließen sie sich dadurch beirren, daß sie in diesem Land auf ein Hindernis stoßen mußten; im Gegenteil: dieses Hindernis reizte sie erst recht; nicht nur, weil das in der menschlichen Natur begründet ist, sondern noch aus einem ganz besondern Grunde: weil dieses Hindernis Österreich-Ungarn hieß. Dieser Umstand allein hätte genügt, Albanien den Italienern als das begehrenswerteste Eden erscheinen zu lassen. Nicht obwohl sie dort auf Österreich stoßen würden, nein: eben weil es voraussichtlich geschah, setzten sie sich die Erwerbung dieses Landes in den Kopf und gebärdeten sich darüber entrüstet, daß sich Österreich dort schon ein Plätzchen reserviert hatte, so bescheiden und für Italien ganz und gar ungefährlich es auch war. Österreich in Albanien: das durfte nicht sein! Das war eine Bedrohung der Sicherheit Italiens, eine Gefährdung seiner Interessen! Darum: hinaus mit Österreich! Die Adria mußte ein italienisches Meer werden; auf beiden Ufern sollte die italienische Trikolore wehen! So dachte, fühlte und zeterte man in Italien, und es schien, als ob dieser plötzliche Ansturm einen Konflikt mit Österreich-Ungarn heraufbeschwören und damit dem Dreibund ein vorzeitiges Ende bereiten sollte.

Dazu kam es nun allerdings nicht, denn die italienischen Staatsmänner mußten sich, auch wenn sie die Gefühle ihrer Landsleute im Stillen zumeist teilten, doch sagen, daß ein Krieg mit Österreich-Ungarn für Italien (das damals noch nicht auf Rußland zählen konnte) ein höchst gefährliches Experiment wäre und sehr leicht zu einem Ergebnis führen konnte, das just das Gegenteil dessen war, was man sich erhoffte: nämlich einer Gebietes**verminderung** statt einer Gebiets**vermehrung**. Noch war die Stunde für die Erwerbung Albaniens nicht gekommen; sie mußte für bessere Zeiten aufgeschoben werden; aufgeschoben, aber beileibe nicht aufgehoben! Einstweilen galt es nur dafür Sorge zu tragen, daß Österreich-Ungarn seine ältern Rechte in Albanien nicht erfolgreich geltend mache und seine Einflußsphäre nicht ausdehne.

Um dies zu verhüten und einem vorzeitigen Konflikte vorzubeugen, einigte sich Marchese Visconti-Venosta, der italienische Minister des Äußern, mit dem dasselbe Ressort in Österreich-Ungarn innehabenden Grafen Goluchowski dahin, daß beide Reiche trachten sollten, in Albanien den Status quo zu erhalten; sollte der Zerfall

des ottomanischen Reiches dies aber unmöglich machen, so hätten beide Reiche dafür zu sorgen, daß Albanien autonom, also keinem von ihnen gehören werde.

Dieses Abkommen wurde im Jahre 1897 in Monza gelegentlich eines Besuchs getroffen, den Goluchowski daselbst seinem italienischen Kollegen machte.

Daß eine derartig platonische Vereinbarung ganz und gar nicht nach dem Geschmacke der nichts weniger als selbstlosen Politiker Italiens war, läßt sich denken. Ihnen genügte es nicht, daß Albanien nicht an Österreich-Ungarn fallen sollte: es mußte italienisch werden.

Dieser Ansicht war natürlich auch die italienische Regierung; denn sich für ein autonomes Albanien einzusetzen, das nie an Italien kommen sollte: eine so naive Politik lag ihr unendlich fern. Das Abkommen mit Österreich sollte nur ein Palliativ, ein Notmittel sein, mit dem man sich über die momentanen Schwierigkeiten und Gefahren hinweghalf. War die albanische Frucht einmal reif, dann wollte man schon dafür sorgen, daß sie in den Schoß Italiens und nicht in den der Habsburgermonarchie falle.

Ganz anders verhielt man sich hinsichtlich Albaniens in Österreich-Ungarn. Von irgendwelchem Interesse für dieses Land war da keine blasse Spur zu bemerken. Ganz von dem selbstmörderischen Nationalitätenhader in Anspruch genommen, der das Um und Auf der österreichischen Politiker bedeutete, war diesen im langen Laufe ihrer Parteikämpfe der Sinn für eine tatkräftige Außenpolitik ganz abhanden gekommen, und sie hatten für jeden Versuch einer Erweiterung der Einflußsphäre der Monarchie nur abfälliges, ja spöttisches Achselzucken. Ihnen konnte der negative Charakter des Abkommens von Monza daher nur sympathisch sein. Daß Österreich in Albanien alte Rechte besaß, war ihnen nur oberflächlich bekannt oder aber ganz unbekannt; nicht zu reden von der Bevölkerung, der Albanien ebenso fremd war wie China.

Diese ältern Rechte Österreich-Ungarns fußten auf einer Reihe von Verträgen, die bis zum Jahre 1615 zurückreichten und in denen die katholischen Bewohner Albaniens unter den Schutz Österreichs gestellt wurden. Bei den Friedensschlüssen von Szöny 1642, Karlowitz 1699, Passarowitz 1718 und Belgrad 1739, war dieses Privilegium immer wieder erneuert worden.[1])

Dieses Protektorat hatte es mit sich gebracht, daß Österreich

[1]) Im letztgenannten Vertrage bildete es den 9. Artikel, der nachstehenden Wortlaut hatte:

sich in Oberalbanien, namentlich unter den Bergstämmen der Mirditen einen, freilich nur sehr bescheidenen, Wirkungskreis schuf, Kirchen, Schulen und Spitäler baute und Handelsbeziehungen anknüpfte. Zu größerer Bedeutung hatte sich der Einfluß Österreichs aber nicht entwickeln können, was auf die Teilnahmlosigkeit seiner Bevölkerung, auf die Ängstlichkeit seiner Regierung zurückzuführen war und nicht zum wenigsten auf die heftige Abneigung der Albanesen, zumal der Bergstämme, gegen jeglichen Versuch, ihnen westeuropäische Kultur beizubringen. Diese bescheidene Einflußsphäre zu erweitern, indem man Albanien der Monarchie einverleibte, daran dachte man in Wien nicht im entferntesten. Wie weit man von solchen Absichten entfernt war und wie arglos man bei dem Bestreben, der Monarchie einen gewissen Einfluß zu sichern, vorging, das zeigte sich in nichts drastischer als in der Tatsache, daß in den von der Monarchie errichteten und erhaltenen Schulen die Unterrichtssprache die *italienische* war!

Marchese San Giuliano bemerkt hierzu in seinen „*Briefen über Albanien*“ mit taktvoll verhaltenem Spotte: „*Durch seine religiöse Propaganda sorgt Österreich also auf eigne Kosten für die Verbreitung der italienischen Sprache,* und diese, als bestes Übertragungsmittel für Gedanken und Gefühle, wirkt selbsttätig *im entgegengesetzten Sinne als dem von Österreich beabsichtigten.*“ [1])

„Alle Privilegien, die den Anhängern der römisch-katholischen Kirche in den Ländern des osmanischen Reiches betreffs der freien Ausübung ihrer Religion von den glorreichen Vorgängern des osmanischen Kaisers durch frühere Kapitulationen, durch kaiserliche Akte oder durch sonstige Kundgebungen — ob nun vor oder nach dem Frieden von Passarowitz — gewährt wurden, seien hiermit vom erhabenen Kaiser der Osmanen erneuert. Insbesonders betrifft dies alle Privilegien, die über Requisition des erhabenen Kaisers des römisch-deutschen Reiches den Priestern des Ordens von der heiligen Dreifaltigkeit und Erlösung der Gefangenen bewilligt wurden und welche die Instandsetzung und Wiedererrichtung der Kirchen und die freie Ausübung des geistlichen Amtes der genannten Priester betreffen. Niemand soll sie bedrücken oder brandschatzen, ob sie nun dem angeführten Orden oder andern religiösen Gemeinschaften der katholischen Kirche angehören; alle mögen sich des gewohnten kaiserlichen Schutzes erfreuen. Es wird weiter gestattet, daß der Botschafter des erhabenen römisch-deutschen Kaisers in allen Angelegenheiten, welche die katholische Religion oder die von den Christen besuchten heiligen Stätten von Jerusalem und die dort errichteten Kirchen betreffen, bei der hohen Pforte in angemessener Weise interveniere.“ (Zitiert in „Albanien“ von Feldmarschall-leutnant Otto v. *Gerstner*, Wien u. Leipzig 1913, S. 11.)

[1]) VI. Brief S. 49.

Man hatte somit jenseits der Alpen wahrlich keine Ursache, die Monarchie zu fürchten und mit eifersüchtigem Neide jede ihrer Regungen in Albanien zu verfolgen. Dennoch geschah's, und das Geschrei über die Bedrohung Italiens durch die Monarchie wollte nicht verstummen. Es gehört eben von jeher zu den Eigentümlichkeiten der italienischen Politik, all das, was sie selber im Schilde führt, dem Gegner anzukreiden nach dem alten Sprichwort: „Wie der Schelm ist, so denkt er."

So entrüstete man sich denn unter großem Wort- und Tintenaufwand über die Störung des „Gleichgewichts in der Adria", reklamierte aber in einem Atem die Adria als „mare nostro", ohne den grotesken Widersinn dieses Gebarens und Verlangens zu merken. Das „bedrohte Gleichgewicht" war natürlich nur die Maske, das „mare nostro" dagegen das wahre Gesicht. . . .

Von der fieberhaften Gier erfüllt, diesen Wunsch zu verwirklichen, setzte man in Italien mit dem dort üblichen Lärm und Pathos eine eifrige Propaganda ins Werk, die an dieses Ziel führen sollte. Man hielt Reden, schrieb Artikel und Bücher, veranstaltete Kongresse, gründete in Albanien Schulen, errichtete Konsulate und überschwemmte das Land mit Agenten. Auch auf dem Gebiete des Handels zeigte man sich sehr geschäftig, um durch die „pénétration pacifique" die territoriale Eroberung Albaniens vorzubereiten.

Dieser Eifer hatte in Anbetracht dessen, daß Albanien zurzeit ja noch zum Reiche des Padischah gehörte, einen fast grotesken Anstrich, der dadurch noch verstärkt wurde, daß so viel Müh und Mittel auf ein Land verwendet wurden, das, dem Abkommen von Monza zufolge, doch niemals italienischer Besitz werden sollte. Selbst wenn die italienische Publizistik weniger offenherzig gewesen wäre, als sie es hinsichtlich Albaniens war, hätte schon dieser scheinbar rein platonische Eifer für das Land Verdacht erwecken müssen.

Marchese San Giuliano schreibt mit Bezug hierauf in seinen „Briefen über Albanien":

„Italien kann und soll nicht nach europäischem Territorialbesitz jenseits seiner natürlichen Grenzen streben, aber es hat ein allerernstestes Interesse, zu verhindern, daß zu seinem Nachteil die Ordnung im Adriatischen Meere und das gegenwärtige Machtverhältnis zu demjenigen der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Veränderung erfahre. Deshalb muß uns daran gelegen sein, daß der territoriale Status quo solange wie möglich aufrechterhalten bleibe und, wie Minister Prinetti richtig gesagt hat, der fortschreitenden natürlichen Entwicklung der albanischen Nation als Basis diene.

Auf dieser Grundlage könnte Albanien dann später, sobald der Status quo sich nicht mehr aufrechterhalten ließe, in die Lage versetzt werden, sich selbst zu regieren und zu gegebener Zeit einen selbständigen Staat zu bilden, der, ob Vasall des Sultans oder nicht, vielleicht wie Kreta, zeitweilig unter internationale Schutzkontrolle gestellt werden könnte. In der Zwischenzeit ist es jedoch nötig, unsern Einfluß in Albanien zu erhalten und zu erweitern, und zwar durch Schiffahrtslinien, Postämter, Konsulate, Handelsagenturen, Schulen, Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen, Banken zu eventueller Kreditleistung für Eisenbahnbauten, kurz: durch alle Mittel friedlichen und kulturfördernden Charakters, welche vereinbar sind mit der schuldigen Ehrfurcht, die der Oberhoheit des Sultans gebührt." [1])

Im übrigen hatte San Giuliano von dem Werte des Abkommens von Monza, das drei Jahre später, Dezember 1900 bis Februar 1901, erneuert worden war, keine allzu hohe Meinung; das geht aus folgender Stelle desselben Briefes hervor:

„Die Formel ist dem Inhalte nach richtig und dem italienischen Gesichtspunkt entsprechend, aber die Frage ist, ob sich der notwendige Verlauf zukünftiger, vielleicht nicht mehr allzufern liegender Ereignisse in die starre Klammer dieser diplomatischen Formel zwängen läßt?" . . [2])

III.

Die Reformaktion, die, dem Mürzsteger Programm zufolge, von Österreich-Ungarn und Rußland zur Schlichtung der mazedonischen Wirren in Angriff genommen wurde, wies bei der Verteilung des aufständischen Gebiets der italienischen Verwaltungssphäre das Vilajet Monastir zu. Durch dessen geographische Lage als Hinterland Albaniens mußte diese Wahl Italien sehr sympathisch berühren; nicht minder der Vorschlag Goluchowskis, mit dem Kommando über die internationale Gendarmerie, die in Mazedonien Ordnung machen sollte, einen italienischen Offizier zu betrauen, was denn auch durch die Ernennung General Degiorgis geschah. So spielte Italien, das noch vor wenigen Jahren auf dem Balkan so gut wie unbekannt gewesen war, daselbst mit einemmal eine namhafte Rolle.

Daß es sich in diese Rolle schon eingelebt hatte und als Balkanmacht fühlte, zeigte sich, als Graf Ährenthal im Januar 1908 mit der Absicht hervortrat, die von Serajewo nach Uvac führende Bahn bis Mitrowitza fortzusetzen und dadurch die für Österreich-Ungarn

---

1) I. Brief S. 10.
2) S. 12. Diese Worte hat San Giuliano am 23. Juni 1902 geschrieben.

so überaus wichtige Verbindung nach Saloniki herzustellen. Gleich allen andern Mächten, außer Deutschland, gebärdete sich auch das „verbündete" Italien über diesen doch nur selbstverständlichen Schritt der Monarchie höchst empört und drohte, die Bahn nach Saloniki durch eine Bahn Valona—Monastir lahmzulegen; eine bundesfreundliche Absicht, die, beiläufig bemerkt, auch heute noch — Absicht ist.

Wenige Monate später, nach der Verkündigung der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, erhoben sich in Italien wieder stürmische Rufe nach „Kompensationen", ganz so wie dreißig Jahre vorher anläßlich der Okkupation dieser Länder. Und zwar sollten es Kompensationen sein, die erst aus dem Leibe der Monarchie herausgeschnitten werden mußten; ein Verlangen, das sich natürlich auf keinerlei Rechtsgrund zu stützen vermochte, da Österreich-Ungarn durch die Annexion seine territoriale Machtsphäre auf dem Balkan nicht nur nicht erweitert, sondern im Gegenteil durch die Rückgabe des Sandschaks von Novibazar an die Pforte sogar verringert hatte.

So scharf sich das Verhältnis zwischen den beiden „Verbündeten" wegen der Annexion aber auch zuspitzte, es war nicht der Balkan, um den es Italien dabei zu tun war, wenigstens nicht in erster Linie; dieser war bloß der Anlaß der Spannung zwischen ihnen, nicht auch die Ursache. Diese war nicht auf dem Balkan zu suchen, sondern in den „unerlösten" Provinzen Triest und Trient.

Wiewohl es Italien angeblich und gemäß dem Artikel VII des Dreibundvertrags darum zu tun war, den Status quo auf dem Balkan zu erhalten, so war es doch just Italien, das die Lawine ins Rollen brachte, unter der der Status quo begraben werden sollte.

Da es sich in seinem Expansionsdrang auf dem Balkan selbst durch diesen Vertrag gehindert sah, so machte es ihm zunächst in einer andern Richtung Luft und bemächtigte sich Tripolitaniens, woran es sich von niemand gehindert wußte.

Wenn dieses Land aber auch außerhalb der Balkansphäre lag, so war der Angriff Italiens nichtsdestoweniger ein Akt der Balkanpolitik, und zwar einer Politik, die sich zur Not zwar mit dem Wortlaute des Dreibundvertrags in Einklang bringen ließ, nicht aber auch mit dessen Sinne, denn durch diese Verletzung der Integrität des ottomanischen Reiches wurde auch dessen Besitzstand auf dem Balkan in Mitleidenschaft gezogen; die Expedition Italiens gegen Tripolis bedeutete nämlich für die Balkanstaaten, die ja alle wie Raubvögel auf den Zusammenbruch der Türkei lauerten, das Zeichen, sich ihrer-

seits zum Angriff auf die europäische Türkei zu rüsten. So wurde Italien, wenigstens mittelbar, zum Urheber des Balkanbundes zwischen Bulgarien, Griechenland, Serbien und Montenegro. Und daß es bei dessen Zustandekommen auch direkt beteiligt war, dafür sprachen schon die intimen Beziehungen zwischen dem italienischen Königshaus und dem der Schwarzen Berge. Daß man ferner in Italien während des Tripoliskrieges nicht übel Lust hatte, auch auf dem Balkan selbst aktiv einzugreifen, bewiesen die Kreuzfahrten des Herzogs der Abruzzen an der albanesischen Küste; Fahrten, deren Absicht nicht schwer zu erraten war und die erst ein Ende nahmen, als Graf Ährenthal trotz seiner sonst bis zur äußersten Grenze (ja darüber hinaus) gehenden Nachgiebigkeit gegenüber Italien sich bemüßigt fühlte, dem allzu begehrlichen Verbündeten in Erinnerung zu bringen, daß der Balkan ein „Rührmichnichtan" bleiben mußte.

Italien ließ daraufhin auch wirklich die Hände von Albanien; aber dafür hetzte es die Albanesen heimlich auf, sich kräftig zu rühren und der Pforte Schwierigkeiten zu bereiten. Sie zeigten sich gegen solche, durch klingende Argumente unterstützte Winke auch keineswegs unempfänglich und legten wieder einmal Feuer auf dem Balkan; sie hatten es darin ja durch eifrige Übung schon zu großer Fertigkeit gebracht. Es dauerte denn auch nicht lange, so stand der ganze Balkan in Flammen. Italien aber schloß mit der Pforte Frieden, und behielt sich nicht nur Tripolis, sondern — einstweilen! — auch die während des Krieges von ihm besetzten Inseln im Ägäischen Meere.

Durch diese Besetzung machte es sich einer Verletzung des Dreibundvertrags schuldig, der in seinem Artikel VII ausdrücklich auch das Gebiet des Ägäischen Meeres als in den Bereich des Status quo gehörend bezeichnete.

Österreich-Ungarn hätte somit berechtigten Anlaß gehabt, seinerseits Kompensationen zu fordern; es tat dies aber nicht, sondern bemühte sich vielmehr, im Einvernehmen mit Italien im Sinne des Abkommens von Monza ein autonomes Albanien zu schaffen, denn mit der Zertrümmerung der europäischen Türkei, von der nur ein Stück von Thrazien als kümmerlicher Rest einstiger Macht zurückblieb, war der in jenem Abkommen vorgesehene Fall eingetreten, der die Aufrechterhaltung des Status quo in Albanien unmöglich machte.

Das selbständige oder vielmehr selbständig sein sollende „autonome" Albanien kam denn auch, dank der unbeirrbaren Beharrlichkeit des Grafen Berchtold, zustande und erhielt seinen Fürsten. Aber kaum saß der auf seinem notdürftig zurechtgezimmerten Thron, als dieser krachend zusammenbrach.

Wie sich sehr bald zeigte, hatte dabei Italien die Hand im Spiele. Es hatte den Grafen Berchtold sich im Schweiße seines Angesichts plagen lassen, um dieses Unglückskind zur Welt zu bringen, und ihm dabei scheinbar Hilfe geleistet; als die Schwergeburt aber gelungen war, da machte es auch schon Miene, das Kind zu rauben.

Die Stunde schien gekommen, da sich die Prophezeiung Baron Chlumeckys erfüllen sollte. Diese Prophezeiung lautete also:

„Will sich die Monarchie nicht selbst aufgeben, so darf, so kann sie nicht untätig zusehen, wie die Verhältnisse in Albanien sich allmählich zu ihren Ungunsten verschieben. Mit den gleichen Mitteln, mit welchem Altbesessenes uns entwunden wurde, müssen wir es wieder zurückzugewinnen streben. Daraus aber entspinnt sich ein Wettstreit, der, wenn Italien das Feld nicht räumen will, notgedrungen immer intensiver, immer unheilvoller sich gestalten muß. Wohin soll es führen? . . . Bis daß beide Mächte sich in diesem fremden Lande mit gleich starken, gleich tiefwurzelnden Interessen gegenüberstehen, eine jede für sich das Recht beanspruchend, die Frucht langjähriger Arbeit einzuheimsen? Bis daß Italien und Österreich-Ungarn so weit engagiert sind, daß es für keinen von beiden mehr ein Zurück gibt, bis daß ein jeder sich für den einzig Berechtigten hält — bis daß aus Albanien für die beiden Verbündeten ein Schleswig-Holstein geworden?“ [1])

Diese Vorhersage erfüllte sich auch; aber nicht ganz so, wie ihr Prophet sie gemeint hatte: nicht Albanien sollte es sein, um dessen willen die Schwerter der beiden Verbündeten aus der Scheide fuhren, sondern Serbien. Die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand hatte diese Verschiebung bewirkt, die im übrigen an dem Wesen der Vorhersage Chlumeckys nichts änderte.

Die Gelüste Serbiens nach der Adriaküste ließen sich mit dem heißen Verlangen Italiens nach der Alleinherrschaft über die Adria zwar ganz und gar nicht in Einklang bringen; nichtsdestoweniger hatte sich Italien schon während der Annexionskrise an die Seite Serbiens gestellt, einzig und allein darum, weil es ein Feind Österreich-Ungarns war, also ein Verbündeter für den Krieg, den es dereinst zur „Erlösung“ der unter dem harten „Joche“ Österreichs schmachtenden Einwohner italienischer Nationalität zu führen gedachte.

---

[1]) Leopold Freiherr v. Chlumecky, Österreich-Ungarn und Italien, Wien 1907, S. 221. Ein ausgezeichnetes Werk, das leider viel zu wenig gekannt ist.

Und wie 1908/09, so warf sich Italien auch diesmal zum Anwalt und Schutzherrn Serbiens auf, unbekümmert um die ungeheuerliche Blutschuld, die dieses auf sich geladen hatte. Natürlich war es ihm diesmal ebensowenig um Serbiens Wohl zu tun wie damals, sondern nur um den Vorwand, seine alte Forderung nach Kompensationen geltend zu machen. Wiewohl es doch selber durch die Besetzung des sogenannten Dodekanesos den Artikel VII des Dreibundvertrags verletzt hatte, erkühnte es sich, aus dem Vorgehen der Monarchie gegen Serbien das „Recht" auf Kompensationen herzuleiten; selbst eine nur vorübergehende Besetzung serbischen Gebiets genüge — so behauptete es — ihm dieses „R e ch t" zu geben. Von der P f l i ch t aber, den beiden bedrängten Bundesgenossen zu Hilfe zu eilen, wie es der Geist des Dreibundvertrags verlangte, davon nahm Italien nicht die geringste Kenntnis.

Österreich-Ungarn, durch seinen Existenzkampf mit dem russischen Koloße von dem Bestreben erfüllt, einen Konflikt mit Italien zu vermeiden, sah über die durchaus unberechtigte Weise, mit der dieses seine, des Bundesgenossen, Bedrängnis zu einer Erpressung benutzte, hinweg und erklärte sich mit der von Italien beliebten Auslegung des Artikels VII des Dreibundvertrags einverstanden. Marchese San Guiliano äußerte auch seine Befriedigung hierüber und meinte im übrigen, wegen der Kompensationen zu verhandeln, wäre derzeit noch zu früh. Trotzdem landeten noch im Laufe des Winters italienische Truppen an der albanesischen Küste und besetzten Valona, womit Italien in einer alles eher denn bundesfreundlichen Weise bekundete, daß es sich seine Kompensationen auch ohne Verhandlungen nehmen wollte. Obwohl sich Österreich-Ungarn dadurch um sein mit so harten Mühen geschaffenes Werk gebracht und just das geschehen sah, was es hierdurch hatte verhindern wollen: die Festsetzung Italiens auf dem östlichen Adriaufer, so erhob es im Hinblick auf seine schwierige Lage doch keinen Einspruch gegen dieses ebenso dreiste als tückische Vorgehen seines seltsamen Bundesgenossen.

Aber damit war das Maß der Geduld, das dieser ihm zumutete, noch lange nicht voll, denn nun rückte Italien damit heraus, daß die Kompensationen, die es zugestanden haben wollte, sich keineswegs bloß auf Albanien bezogen, sondern auch auf Südtirol und das Küstenland, also auf Teile der Monarchie selbst; eine Auffassung, die sich aus dem Artikel VII des Dreibundvertrags durchaus nicht herauslesen ließ, da die territorialen Kompensationen, die er in Betracht zog, doch offensichtlich auf die Balkanhalbinsel beschränkt bleiben sollten, und zwar auf türkisches Gebiet, nicht auch auf serbisches;

lag es doch auf der Hand, daß das Gebiet, an dem sich beide Parteien ihren Anteil sichern wollten, nur die Trümmer der zerfallenen ottomanischen Herrschaft sein konnten. Daß sich die Kompensationen auch auf österreichisches Gebiet erstrecken könnten, dazu bot der Vertrag nicht die geringste Handhabe.

Indes auch auf diese unerhörte Zumutung ging man in Wien ein, in der Hoffnung, dem Reiche dadurch die furchtbare Gefahr eines dritten Krieges zu ersparen.

Auch dieses neuerliche Zugeständnis erwies sich aber als vergeblich, denn Italien wollte noch mehr und, als es merkte, daß man in Wien selbst auf dieses Mehr einzugehen nicht abgeneigt schien, da brach es die Verhandlungen kurz ab, kündigte den Dreibundvertrag und erklärte Österreich-Ungarn nicht ganz drei Wochen später den Krieg. Es berief sich dabei auf die — vor zehn Monaten erfolgte! — angebliche Verletzung des Dreibundvertrags-Artikels VII, deren sich die Monarchie durch ihr Auftreten Serbien gegenüber schuldig gemacht habe.

Indem Italien so in den Dreibundvertrag eine falsche Kompensationstheorie hineineskamotierte, benutzte es die Balkanereignisse als willkommenen Anlaß, seine alte fixe Idee von der „Erlösung" der von den Italienern bewohnten Gebiete Österreichs zu verwirklichen.

Und was es in diesem einzelnen Falle getan hat, das ist typisch für seine ganze Balkanpolitik: diese ist ihm stets nur ein Vorwand gewesen, Politik gegen Österreich zu machen, wobei es sich der Hoffnung hingab, der Weg nach Triest und Trient führe am raschesten über den Balkan.

Herausgegeben vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, M.Gladbach
Volksvereins-Druckerei M.Gladbach. 7195

Veröffentlichungen des gleichen Verfassers:

Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866. 2 Bde. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart und Berlin 1913 und 1914.

Die Politik im Habsburgerreiche. Randglossen zur Zeitgeschichte. 2 Bde. Allgemeiner Verein für deutsche Literatur (H. Paetel) 1912 und 1913.

Englands Danger. The future of the British Army Reform. Chapman & Hall, London 1901.

Von der Lebensbörse. Roman. Schuster & Löffler, Berlin 1909.

Der Minnesöldner. Roman. Ebenda. 1910.

Pierres de Strass. Imitationen. W. A. Hartleben, Wien 1899.

Österreich-Ungarn und der Balkan (Der Weltkrieg 3). Sekretariat Sozialer Studentenarbeit, M.Gladbach.

Irredenta-Politik (Heft 55 der Sammlung „Der deutsche Krieg"). Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart u. Berlin 1915.